

Pakistan



Verfolgung / Situation verschlechtert ↓

Religion

Bevölkerung

Fläche

- Muslime : **96.3%**
- Christen : **2.0%**
- Hindus : **1.3%**
- Andere : **0%**

192.827.000

796.095 Km²

Gesetzeslage zur Religionsfreiheit und deren faktische Anwendung

Nach seiner Trennung von Indien wurde Pakistan 1947 als säkularer Staat gegründet. Der streng muslimische Charakter des Landes entwickelte sich erst langsam und zeigt sich z.B. in der Namensänderung zu Islamische Republik Pakistan im Jahr 1956. Das „Land der Reinen“ (Pakistan ist ein Neologismus aus „pak“ Urdu für „rein“ und „stan“ für „Land“, wobei das „i“ eingefügt wurde, um die Aussprache zu erleichtern^[1]) verschrieb sich dann unter der Diktatur von General Zia ul-Haq einer ausdrücklich islamischen Weltanschauung. Zia ul-Haq regierte das Land von 1977 bis 1988, und in dieser Zeit beeinflusste das islamische Recht (Sharia) zunehmend das pakistanische Rechtssystem. In den letzten Jahren versuchten verschiedene Regierungen in Islamabad, die religiöse Gewalt und Diskriminierung in Pakistan einzudämmen, waren dabei aber nur bedingt erfolgreich. Währenddessen schritt die Islamisierung der pakistanischen Gesellschaft weiter voran.

Die pakistanische Verfassung von 1973 garantiert in ihrer Präambel sowie in den Artikeln 20, 21 und 22 jedem Bürger und jeder Bürgerin die Freiheit, die eigene Religion auszuüben und sich zu ihr zu bekennen.^[2] Dieses Recht wird jedoch stark durch die konstitutionellen, rechtlichen und politischen Strukturen Pakistans eingeschränkt, welche religiöse Minderheiten gegenüber Muslimen nicht als gleichwertig behandeln.

Artikel 2 der Verfassung definiert den Islam als pakistanische Staatsreligion. Staatsoberhaupt (Artikel 41.2), wie Premierminister (Artikel 91.3) müssen Muslime sein und laut Artikel 203, Abschnitt E, hat das Bundes-Schariagericht die Befugnis, jedes gegen Regeln des Islam verstossende Gesetz ausser Kraft zu setzen, bzw. Änderungsvorschläge einzubringen. In dem am 7. September 1974 verabschiedeten Zweiten Verfassungszusatz wurde darüber hinaus festgelegt, wer in Pakistan als Muslim gelten kann und wer nicht. Die Formulierung wurde dabei so gewählt, dass die Ahmadiyya vom Islam ausgeschlossen wurden. Die Ahmadiyya sind eine Minderheit, die sich selbst als Muslime sehen,

von der sunnitischen Mehrheit jedoch als Ketzer und Nicht-Muslime abgelehnt werden.

Hinzu kommt, dass die sogenannten Blasphemiegesetze, die 1986 in das pakistanische Strafgesetzbuch aufgenommen wurden (Abschnitte 295 B, 295 C, 298 A, 298 B, 298 C), die Religionsfreiheit und die Meinungsfreiheit massiv einschränken. Das Schänden des Koran, sowie das Beleidigen des Propheten stellen Straftaten dar, welche im Höchstfall jeweils mit lebenslänglicher Haft sowie dem Tod bestraft werden können.

Im Alltag werden diese Gesetze häufig als Mittel genutzt, um religiöse Minderheiten zu verfolgen. In den vergangenen Jahren wurden zwar verschiedene erfolglose Versuche unternommen, diese Gesetze zu reformieren oder einzuschränken, aber bis heute sind die Blasphemiegesetze ein Damoklesschwert, das ständig über jedem Pakistani schwebt, ganz gleich welcher Religion er oder sie angehört.

In den gewählten Gremien des Landes werden religiöse Minderheiten durch das sog. separate Wahlsystem (separate electorate) politisch vertreten. Im Landesparlament sind durch dieses System zwar zehn Sitze für Minderheiten-Vertreter reserviert, es führt aber auch dazu, dass religiöse Minderheiten nicht als Teil der Nation angesehen werden. [3]

Da die pakistanische Rechtsordnung auf britischem Recht basiert, ging man lange davon aus, dass die Rechtsstaatlichkeit einen gewissen Schutz gegen die Islamisierung der Gesellschaft biete, bzw. dass Minderheiten rechtliche Schritte zum eigenen Schutz vor Gewalt durch Mitglieder der muslimischen Bevölkerungsmehrheit einleiten könnten. Leider ist dies nicht immer der Fall. So sagte Ghulam Mustafa Chaudhry, Vorsitzender von Khatm-e-Nubuwwat, einer Gruppe von Rechtsanwälten in Lahore, zum Thema der Blasphemiegesetze: „Jemand, der sich der Blasphemie schuldig macht, kann nur die Todesstrafe erhalten. Es gibt keine Alternative.“ [4] – eine Aussage, die man in ihrer Drastik höchstens vom Führer einer islamistischen Partei oder einem konservativen Ulama erwarten würde. Chaudhry gehört zu einer Gruppe von Juristen, die sich diskret, aber beharrlich dafür einsetzen, dass die Blasphemiegesetze in vollen Umfang angewendet werden.

Laut einer am 6. März 2016 veröffentlichten Reuters-Reportage [5] hat sich das Khatm-e-Nubuwwat-Forum (Bewegung zur Verteidigung des Propheten) zum Ziel gesetzt, die Expertise und den Einfluss seiner Mitglieder in der Judikative dafür zu nutzen, sicherzustellen, dass jeder, der den Islam oder Mohammed lästert, angeklagt, vor Gericht gebracht und – wenn rechtlich möglich – zum Tode verurteilt wird. Auch im Fall des Mordes am Gouverneur der Provinz Punjab, Salman Taseer [6], der im Januar 2011 von seinem Leibwächter umgebracht worden war, weil er die Blasphemiegesetze infrage stellte und die Christin Asia Bibi [7] verteidigt hatte, wurde das Forum aktiv. Der Angeklagte Mumtaz Qadri erhielt von Ghulam Mustafa Chaudhry selbst Rechtsbeistand – wenn auch mit wenig Erfolg: Qadri wurde zum Tode verurteilt und am 29. Februar 2016 hingerichtet. Seine Beerdigung in Islamabad am 1. März 2016 gab jedoch hunderttausenden Islamisten die Gelegenheit, ihre Unterstützung für den Verurteilten Ausdruck zu bringen. Nach Chaudhrys Auffassung hatte Mumtaz Qadri rechtmässig gehandelt, als er Salman Taseer tötete, da dieser selbst Blasphemie begangen hatte, indem er öffentlich die Blasphemiegesetze infrage gestellt hatte.

Die bisherigen Versuche der Regierung, den Einsatz der Blasphemiegesetze einzuschränken, trafen offensichtlich auf grossen Widerstand. Im November 2015 entschied der Oberste Gerichtshof, dass die Diskussion der Blasphemiegesetze nicht als Blasphemie an sich gelten könne. Faktisch ist es jedoch unmöglich, sachlich und friedlich über diese Angelegenheit zu diskutieren. Im Januar 2016 schlug der Council of Islamic Ideology (Rat für islamische Ideologie) als offizielle staatliche Institution eine Reform vor, um die Gesetzgebung noch restriktiver zu gestalten.

Laut Polizeistatistiken ist die Zahl der Anzeigen, die auf Blasphemiegesetzen basieren, stark gestiegen. Allein in der Provinz Punjab hat sich die Anzahl seit der Gründung von Khatm-e-Nubuwwat vor 15 Jahren verdreifacht und erreichte 2014 mit 336 Anzeigen einen Höhepunkt. Nachdem die Provinz 2015 Massnahmen ergriffen hatte, um das Erstellen solcher Anzeigen zu erschweren, fiel die Zahl im folgenden Jahr auf 210. „Wenn die Khatm-e-Nubuwwat-Anwälte von einer Anzeige hören, besuchen sie die Person und bieten an, den Fall kostenlos zu übernehmen“, gab ein Polizist an, der aus Angst vor Konsequenzen anonym bleiben wollte. „Manchmal kommen Sie mit mehreren Leuten und ermutigen sie, Anzeige zu erstatten.“ [8] Bislang wurde in Pakistan noch niemand offiziell wegen

Blasphemie hingerichtet, jedoch füllen sich allmählich die Todeszellen. Laut eines Berichts sitzen 1.000 der insgesamt 8.000 zum Tode verurteilten Gefängnisinsassen wegen Blasphemie ein. Diese Zahlen sind jedoch stark umstritten.^[9] Auch der Christin Asia Bibi wird wegen Blasphemie der Prozess gemacht. Ihr Ankläger wurde sowohl bei der ersten Gerichtsverhandlung als auch der Berufungsverhandlung von einem Rechtsanwalt der Khatm-e-Nubuwwat unterstützt.

Obleich seit Ende des Moratoriums, mit dem die Vollstreckung der Todesstrafe zwischen 2008 und 2014 ausgesetzt worden war, niemand aufgrund der Blasphemiegesetze hingerichtet wurde, konnten die Behörden nicht verhindern, dass ausserrechtliche Hinrichtungen stattfanden. Nach Angaben des Centre for Research and Security Studies, einer unabhängigen pakistanischen Organisation, wurden seit 1990 mindestens 65 Menschen gelyncht^[10] oder ermordet, darunter auch Richter und Anwälte, weil sie der Blasphemie beschuldigt wurden oder Blasphemie-Beschuldigte verteidigt hatten.

Seit der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts, als sich Anwälte noch gegen die repressiven Massnahmen des damaligen Präsidenten Pervez Musharraf (im Amt von 2001 bis 2008) engagierten, ist viel geschehen. Damals waren pro-demokratische Bewegungen wie das Lawyers' Movement (Bewegung der Anwälte), Movement for the Restoration of the Judiciary (Bewegung für die Wiederherstellung der Judikative) und die Black Coat Protests (Schwarzmantel-Proteste) ein Thema. Heute scheinen diese Gruppen viel weniger sichtbar zu sein, und die Stimmen der Anwälte, die eine stärkere Islamisierung der Gesellschaft anstreben, scheinen lauter zu werden.

Vorkommnisse

Laut Joseph Arshad, Erzbischof von Islamabad-Rawalpindi und Vorsitzender der Pakistanischen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden, gibt es in Pakistan einen „alarmierenden Anstieg von gewalttätigen Zwischenfällen, die von Intoleranz und Extremismus zeugen“. ^[11] Diese Angriffe richteten sich gegen religiöse Minderheiten, heisst es in einer Meldung des Nationalen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden. Dass Minderheiten angegriffen werden, sei inakzeptabel und der Staat müsse den Nationalen Aktionsplan ernsthaft überarbeiten,^[12] heisst es darin weiter. Der Nationale Aktionsplan (National Action Plan/NAP) war nach einem islamistisch motivierten Anschlag am 16. Dezember 2014 verabschiedet worden. Bei dem Anschlag auf eine Militärschule in Peshawar waren 141 Menschen ums Leben gekommen, darunter 132 Kinder. Der NAP besteht aus zwei Hauptteilen: Sicherheit und Gesetzgebung.

Um die Sicherheitslage zu verbessern, versucht die Armee im Rahmen des NAP terroristische Gruppen auszuschalten. Ein Beispiel dieser Aktivitäten ist die Operation, die von Spezialkräften im Mai 2018 in Killi Almas, einem Dorf nahe Quetta, Balochistan, durchgeführt wurde. Dabei wurde Salman Badeni und zwei seiner Angehörigen getötet. ^[13] Salma Badeni war der Anführer der Gruppe Lashkar-e-Jhangvi Balochistan, die verdächtigt werden, hinter einer Reihe von Mordanschlägen auf mehr als hundert Mitglieder der schiitischen Hazara-Minderheit und auf etwa 15 Christen aus Quetta zu stecken.

Im Rahmen der gesetzgeberischen Massnahmen des NAP verabschiedete die Nationalversammlung (das Unterhaus des Parlaments) im Februar 2017 ein Gesetz, welches Hassrede, Angriffe auf Andersgläubige sowie Zwangsverheiratungen von Mädchen aus religiösen Minderheiten verbietet. Laut Samuel Pyara, dem Vorsitzenden der Bright Future Society (Gesellschaft für eine strahlende Zukunft), einer in Lahore ansässigen christlichen Vereinigung, seien diese Schritte essentiell, um das Land zu retten. Das Recht in die eigenen Hände zu nehmen, zu lynchen, sei in der pakistanischen Gesellschaft Normalität geworden. Es sei deswegen notwendig, dass solche Taten bestraft würden und die Bemühungen der Regierung sollten entsprechend wertgeschätzt werden. ^[14]

Andere verweisen auf die Tatsache, dass nicht die Gesetze das Problem seien, sondern vielmehr die Gewalt und Korruption in der pakistanischen Gesellschaft.

Der Kern des Problems sei die Art und Weise, in welcher die Gesetze angewandt würden, sowie die Untätigkeit der weitgehend korrupten Polizei, die Christen feindselig gegenüberstehe und diese als unrein wahrnehme,^[15] so Wilson Chowdhry, Vorsitzender der British Pakistani Christian Association (Britisch-Pakistanische Christliche

Vereinigung). Nachdem am 28. Januar 2017 ein Anti-Terror-Gericht in Lahore 115 Angeklagte freigesprochen hatte, die beschuldigt worden waren, an den Gewalttaten in der Joseph Colony, einem christlichen Stadtteil in Lahore, beteiligt gewesen zu sein, sagte Chowdhry, solche Urteile seien eine äusserst häufige Erscheinung.

In Pakistan scheint niemand vor bewaffneten Extremisten sicher zu sein. Am 6. Mai 2016 griff ein bewaffneter Mann den pakistanischen Innenminister Ahsan Iqbal an. Zu dem Zeitpunkt besuchte dieser gerade seinen Wahlkreis in Punjab. Der Täter eröffnete das Feuer auf den Minister, nachdem dieser sich mit einer Gruppe von Christen aus dem Dorf Kanjroor (Narowal Bezirk) getroffen hatte. Die Leibwächter des Ministers konnten den Angreifer aufhalten, der Minister wurde jedoch von einer Kugel getroffen, die durch seinen Arm in seinen Unterleib eindrang. Seine Verletzungen waren nicht lebensbedrohlich. Der Angreifer, der als Abid Hussain identifiziert wurde, gab an, ein Mitglied der Partei Tehreek-e-Labaik Pakistan zu sein. Diese lehnt jede Infragestellung der Blasphemiegesetze grundsätzlich ab. Er habe den Angriff durchgeführt, um zu verhindern, dass die Regierung am Status Mohammeds als letzter Prophet rüttle. Bei dieser Frage handelt es sich um einen der Unterschiede zwischen den Ahmadiyya und den Hauptströmungen des Islam. Die Partei hatte 2017 über drei Wochen hinweg in Islamabad demonstriert und verlangt, dass nicht über die Blasphemiegesetze beraten werden solle. Die militanten Islamisten waren schliesslich erfolgreich und der Minister für die Gesetzgebung (Federal Law Minister) teilte mit, dass die Blasphemiegesetze nicht geändert würden. Wären seine Leibwächter nicht rechtzeitig interveniert, hätte den Innenminister das gleiche Schicksal ereilt wie zwei weitere bekannte pakistanische Politiker: Salman Taseer, Gouverneur von Punjab, sowie Shahbaz Bhatti, Minister für Minderheiten. Der Muslim Taseer wurde im Januar 2011 niedergeschossen; der Katholik Shahbaz Bhatti starb im März 2011. Beide wurden ermordet, weil sie sich für Asia Bibi eingesetzt hatten und die Anwendung der Blasphemiegesetze im Land in Frage gestellt hatten.

Asia Bibi sitzt seit acht Jahren in einer Todeszelle. Sie war im November 2010 zum Tode verurteilt worden, nachdem ein muslimischer Nachbar sie der Blasphemie beschuldigt hatte. Das Urteil war im Oktober 2014 in höherer Instanz bestätigt worden. Im Oktober 2016 vertagte der Oberste Gerichtshof ihre Anhörung dann auf unbestimmte Zeit. Die Anhörung ist nötig, damit ein endgültiges Urteil gesprochen werden kann. Im Mai 2018 wurde Bibis Anwälten mitgeteilt, dass die Anhörung bald stattfinden könnte. Jeder Optimismus wäre jedoch verfrüht, da „die Causa Asia Bibi“ die pakistanische Gesellschaft spaltet. Auf der einen Seite stehen die Befürworter einer liberaleren Gesellschaft, welche die Freilassung der Inhaftierten fordern, auf der anderen Seite die Islamisten, welche ihre Hinrichtung fordern.

Laut der US-Kommission für Internationale Religionsfreiheit wurden in Pakistan 40 Menschen auf Grundlage der Blasphemiegesetze zu lebenslanger Haft verurteilt, bzw. warten auf ihre Hinrichtung. Es gibt nur wenige Anzeichen für eine positive Entwicklung in diesem Bereich. Immerhin befahl der Oberste Gerichtshof am 30. Dezember 2017 die Freilassung von Muhammad Mansha, da das Verfahren gegen ihn „nicht auf Basis von tragfähigen Beweisen“ durchgeführt worden sei.^[16] Der Muslim Muhammad Mansha war zu lebenslanger Haft wegen Blasphemie verurteilt worden, nachdem er bereits neun Jahre in Gefangenschaft verbracht hatte. Derweil weitet sich der Einfluss der Blasphemiegesetze auf die digitale Welt aus. Im Juni 2017 wurde der Schiit Taimoor Raza zum Tode verurteilt, nachdem er blasphemische Kommentare auf Facebook gepostet hatte, einem in Pakistan sehr verbreiteten sozialen Netzwerk.^[17] Dies stellt das erste Mal dar, dass in Pakistan ein Todesurteil für Blasphemie verhängt wurde, das sich auf Internetkommentare bezieht. Das Urteil folgt dem Inkrafttreten eines Gesetzes über Cyberkriminalität aus dem Jahr 2016. Das Gesetz weitet die Kompetenzen des Strafgesetzes auf im Internet begangene Straftaten aus.^[18]

Eine weitere Geissel von religiösen Minderheiten ist die Zwangsverheiratung junger Mädchen. In der Provinz Sindh ist in den letzten Jahren zudem die Zwangskonversion von Mädchen der Hindu-Gemeinschaft ein grosses Problem geworden. Nach Angaben der Organisation Pakistan Hindu Panchayat werden jedes Jahr an die 1.000 Mädchen und junge Frauen aus der Provinz Sindh zwangskonvertiert, eine Praxis, die einen Exodus von Hindu-Familien ins benachbarte Indien zur Folge hatte. Im Februar 2016 wurde in Sindh ein Gesetz verabschiedet, das diese Form der Gewalt verbietet. Ob dieses Gesetz Auswirkungen haben wird, kann jedoch noch nicht gesagt werden. Sicher ist, dass Mädchen weiter gezielt angegriffen werden. So wurde im Dezember 2017 beispielsweise ein 14-jähriges Hindu-Mädchen von drei bewaffneten

Männern aus ihrem Heimatdorf Thar in der Provinz Sindh entführt. Ihr Vater stellte daraufhin Nachforschungen an. Ihm wurde mitgeteilt, seine Tochter sei freiwillig zum Islam übergetreten und habe den ortsansässigen Muslim Naseer Lunjo geheiratet. Die Familie bestreitet diese Version der Dinge. Die Polizei weigert sich jedoch, aktiv zu werden.^[19] Da es in Pakistan keine zivilrechtliche Trauung gibt, konnten Hindus – im Gegensatz zu Muslimen und Christen – bis zum letzten Jahr

ihre Ehen nicht standesamtlich schliessen.^[20] Dies machte den Alltag für sie sehr kompliziert, vor allem bei der Beschaffung von Ausweisdokumenten, von Besitznachweisen und im Erbrecht. Die Lage für Hindu-Frauen ist sogar noch schwieriger. Da in Pakistan ihr Familienstand nicht anerkannt wurde, galten sie als unverheiratet, selbst wenn sie die Ehefrau eines Hindus waren. Damit waren sie „leichte Beute“ für Kidnapper, die es auf nicht-muslimische Frauen abgesehen hatten.^[21]

Nicht nur Hindus sind von dieser Form der Gewalt betroffen. Auch andere religiöse Minderheiten leiden darunter. So wurde am 22. April 2018 die junge Christin Asma Yaqoob ermordet. Die 25-Jährige war in Sialkot, einer ca. 100 km von Lahore entfernten Stadt, für einen Muslim als Hausangestellte tätig. Laut Aussage des Vaters der jungen Frau war diese mit Säure und Benzin übergossen worden, nachdem sie den Heiratsantrag eines Mannes aus dem Haushalt, in dem sie arbeitete, ausgeschlagen hatte. Die junge Frau starb nach fünf Tagen der Qual in einem Krankenhaus. Neun Zehntel ihres Körpers waren mit Verbrennungen dritten Grades bedeckt.^[22]

Gute Nachrichten in Sachen Religionsfreiheit sind in Pakistan selten. Die Einweihung einer christlichen Kapelle auf dem Campus der Landwirtschaftlichen Universität in Faisalabad am 15. April 2018 ist eine dieser seltenen guten Nachrichten. Obwohl es in Pakistan 177 Universitäten und Hochschulen gibt, ist dies das erste Mal, dass an einer davon eine nicht-muslimische Gebetsstätte zugelassen wurde. Joseph Arshad, Erzbischof von Islamabad-Rawalpindi, zitierte zu dieser Gelegenheit eine Rede Mohammad Ali Jinnahs, des Gründers der Nation: „Ihr seid frei. Ihr seid frei zu euren Tempeln zu gehen. Ihr seid frei zu euren Moscheen oder zu jedem anderen Ort der Anbetung im Staat Pakistan zu gehen. Welcher Religion, Kaste oder Glauben ihr angehört, hat mit den Anliegen des Staates nichts zu tun.“^[23]

Perspektiven für die Religionsfreiheit

2018 finden in Pakistan Wahlen statt. Anfang Juli stehen Parlamentswahlen an. Die Partei PMLN (Pakistan Muslim League – Nawaz) sieht sich zunehmend unter Druck, seitdem der oberste Gerichtshof im Juli 2017 Premierminister Nawaz Sharif wegen Korruption seines Amtes enthoben hat. Seitdem darf Sharif nicht mehr den Vorsitz der von ihm gegründeten Partei innehaben und ist für den Rest seines Lebens von der Teilnahme an Wahlen ausgeschlossen. Die Wahlen könnten zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führen, denen vor allem religiöse Minderheiten zum Opfer fallen könnten.

Am 17. Dezember 2017 tötete ein Selbstmordattentäter bei einem Bombenanschlag neun Menschen und verletzte 60 weitere. Die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) übernahm die Verantwortung für den Anschlag, welcher auf die Bethel Memorial Methodist Church in Quetta, Balochistan gerichtet war. Die Behörden bestritten dies und verwiesen darauf, dass der IS in Pakistan nicht präsent sei.^[24] Diese Aussage hinderte US-Präsident Donald Trump allerdings nicht daran, die finanzielle Hilfe für das Land auszusetzen, bis Pakistan bessere Ergebnisse im Kampf gegen den islamistischen Extremismus vorweisen könne, der im Land und in Afghanistan aktiv sei. Für das Geschäftsjahr 2018 waren 3 Mrd. US-Dollar an Finanzhilfe geplant gewesen. Anfang Januar 2018 setzten die Vereinigten Staaten Pakistan auf eine spezielle Beobachtungsliste für schwere Verletzungen der Religionsfreiheit.^[25] Ebenfalls auf der Liste sind u.a. Burma, China, Iran, Nordkorea und Saudi-Arabien. Während sie auf eine mögliche Verbesserung der Situation im Lande hoffen, wächst die Zahl der Mitglieder religiöser Minderheiten, die das Land verlassen wollen. Laut Senator Ramesh Kumar, einem Hindu-Politiker, der im Rahmen des separaten Wahlsystems für Minderheiten gewählt wurde, verlassen jedes Jahr 5.000 Hindus Pakistan infolge der Verfolgung, die sie dort erleiden.^[26]

Am 29. Juni 2018 wurde der 72-jährige Joseph Coutts, Erzbischof von Karachi, der Hafenstadt im Süden des Landes,

zum Kardinal ernannt. Am 20. Mai 2018 hatte er der Presse gegenüber gesagt, dass der interreligiöse Dialog Priorität habe. Gleichzeitig verbarg er nicht die Tatsache, „dass Gewalt ein Problem ist, welches das gesamte Land betrifft. Diese extremistische, fanatische Form des Islams, welche nicht den Grossteil der muslimischen Bevölkerung vertritt, betrifft nicht nur Christen und andere Nicht-Muslime. Die Terroristen verschonen auch Muslime nicht. Sie greifen Schreine und Moscheen an. [...] Aufgrund dieser Verfolgung verlieren die Menschen ihr Vertrauen. Sie verlieren das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Regierung. [...] Wir sollten Hand in Hand mit Menschen aus allen Gemeinschaften vorangehen.“^[27]

Kardinal Joseph Coutts: „Gewalt ist ein Problem, welches das gesamte Land betrifft. Diese extremistische, fanatische Form des Islam, welche nicht den Grossteil der muslimischen Bevölkerung vertritt, betrifft nicht nur Christen und andere Nicht-Muslime. Die Terroristen verschonen auch Muslime nicht. Sie greifen Schreine und Moscheen an. [...] Aufgrund dieser Verfolgung verlieren die Menschen ihr Vertrauen.“

Endnoten / Quellen

[1] Der Name Pakistan ist ausserdem ein Akronym, das aus den 1930er Jahren stammt und sich aus den Namen der fünf Provinzen Punjab, Afghanistan (heute Khyber Pakhtunkhwa), Kashmir, Sindh und Baluchistan zusammensetzt.

[2] Pakistans Verfassung von 1973, 2002 wieder in Kraft gesetzt, mit allen Zusätzen bis 2015, [constituteproject.org](https://www.constituteproject.org/constitution/Pakistan_2015.pdf?lang=en), https://www.constituteproject.org/constitution/Pakistan_2015.pdf?lang=en (abgerufen am 21. Mai 2018).

[3] Kamran Chaudhry, „Pakistan bishops demand fair voting system for minorities“, UCANews, 16. November 2017, <https://www.ucanews.com/news/pakistan-bishops-demand-fair-voting-system-for-minorities/80786>, (abgerufen am 21. Mai 2018).

[4] „Pakistani lawyers’ group behind spike in blasphemy cases“, Reuters, 6. März 2016, <https://www.reuters.com/article/pakistan-blasphemy-lawyers-idUSKCN0W905G> (abgerufen am 16. Juni 2018). „L’intense lobbying des avocats défenseurs des lois anti-blasphème“, Églises d’Asie, 15. März 2016, <http://eglasie.mepasie.org/asia-du-sud/pakistan/2016-03-15-des-avocats-virulents-defenseurs-des-lois-anti-blaspheme> (abgerufen am 16. Juni 2018).

[5] „Pakistani lawyers’ group behind spike in blasphemy cases“, Reuters, 6. März 2016, <https://www.reuters.com/article/pakistan-blasphemy-lawyers-idUSKCN0W905G> (abgerufen am 21. Mai 2018).

[6] „Loi sur le blasphème: la famille de Salman Taseer refuse le prix du sang“, Églises d’Asie, 12. März 2015, <http://eglasie.mepasie.org/asia-du-sud/pakistan/2015-03-12-loi-sur-le-blaspheme-la-famille-de-salman-taseer-refuse-able-prix-du-sang-bb> (abgerufen am 21. Mai 2018).

[7] „Sa condamnation à mort confirmée, Asia Bibi en appelle de nouveau au pape“, Églises d’Asie, 31. Oktober 2014, <http://eglasie.mepasie.org/asia-du-sud/pakistan/2014-10-31-sa-condamnation-a-mort-confirmee-asia-bibi-en-appelle-de-nouveau-au-pape> (abgerufen am 21. Mai 2018).

[8] „Pakistani lawyers’ group behind spike in blasphemy cases“, op. cit.

[9] Nach Angaben der Justitia et Pax Kommission der Katholischen Bischofskonferenz von Pakistan wurden zwischen 1986 und 2009 insgesamt 964 Menschen wegen Blasphemie verurteilt. Darunter waren 479 Muslime, 119 Christen, 340 Anhänger der Ahmadiyya-Gemeinschaft, 14 Hindus und 10 Menschen anderer Religionen. Bei den 1.537 registrierten Fällen von Blasphemie handelt es sich in 41,18 % der Fälle um Muslime (die 96,4 % der Bevölkerung stellen), 32,14 % Ahmadiyyas, 13 % Christen (2 % der Bevölkerung) und 1,36 % Hindus (1,5 % der Bevölkerung).

[10] „La mort atroce d’un couple de chrétiens pakistanais souligne l’urgence à réformer les lois anti-blasphème“, Églises

d'Asie, 7. November 2014, <http://eglasie.mepasie.org/asia-du-sud/pakistan/2014-11-07-la-mort-atroce-d2019un-couple-de-chretiens-pakistanais-souligne-l2019urgence-a-reformer-les-lois-anti-blaspheme> (abgerufen am 21. Mai 2018).

[11] „Pakistan: April 29 th observed as a day of Prayer and Mourning for all the victims of religious intolerance, violence“, Pax Christi International, 5. Mai 2018, <https://www.paxchristi.net/news/pakistan-april-29th-observed-day-prayer-and-mourning-all-victims-religious-intolerance-violence> (abgerufen am 16. Mai 2018).

[12] vgl. ebd.

[13] „Pakistan army kills top Islamic militant“, UCANews, 17. Mai 2018, <https://www.ucanews.com/news/pakistan-army-kills-top-islamic-militant/82339> (abgerufen am 21. Mai 2018).

[14] „La loi peut-elle suffire à protéger les minorités religieuses au Pakistan ?“, Églises d'Asie, 14 th February 2017, <http://eglasie.mepasie.org/asia-du-sud/pakistan/2017-02-14-la-loi-peut-elle-suffire-a-proteger-les-minorites-religieuses-au-pakistan> (abgerufen am 16. Juni 2018).

[15] vgl. ebd.

[16] „SC clears man of blasphemy charge due to lack of evidence“, The Express Tribune, 30. Dezember 2017, <https://tribune.com.pk/story/1596461/1-sc-clears-man-blasphemy-charge-due-lack-evidence/> (abgerufen am 21. Mai 2018).

[17] Kunwar Khuldune Shahid, „Pakistan Issues First Death Sentence for Digital Blasphemy“, The Diplomat, 13. Juni 2017, <https://thediplomat.com/2017/06/pakistan-issues-first-death-sentence-for-digital-blasphemy/> (abgerufen am 21. Mai 2018).

[18] „Inquiétude des chrétiens face à un durcissement de la législation sur les médias“, Églises d'Asie, 25. Dezember 2016, <http://eglasie.mepasie.org/asia-du-sud/pakistan/2016-11-25-inquietude-des-chretiens-face-a-un-durcissement-de-la-legislation-sur-les-medias> (abgerufen am 21. Mai 2018).

[19] „Teenage Hindu girl abducted, forcibly converted in Pakistan: Report“, Indian Express, 21. Dezember 2017 <http://indianexpress.com/article/pakistan/teenage-hindu-girl-abducted-forcibly-converted-in-pakistan-report-4993480> (abgerufen am 4. Juni 2018).

[20] „Pakistan's new Hindu marriage law comes into effect – will kidnapping, forced conversion of minority women end now?“, ZeeNews, 12. April 2017, <http://zeenews.india.com/india/pakistans-new-hindu-marriage-law-comes-into-effect-will-kidnapping-forced-conversion-of-minority-women-end-now-1995313.html> (abgerufen am 17. Juni 2018).

[21] „Interdiction des conversions forcées dans la province du Sind“, Églises d'Asie, 14. Dezember 2016, <http://eglasie.mepasie.org/asia-du-sud/pakistan/2016-12-14-interdiction-des-conversions-forcees-dans-la-province-du-sind> (abgerufen am 21. Mai 2018).

[22] Kamran Chaudhry, „Pakistani Christian killed for spurning Muslim suitor“, UCANews, 24. April 2018, <https://www.ucanews.com/news/pakistani-christian-killed-for-spurning-muslim-suitor/82130> (abgerufen am 21. Mai 2018).

[23] ebend., „Faisalabad, the first Christian chapel opens in an Islamic university“, AsiaNews, 19. April 2018, <http://www.asianews.it/news-en/Faisalabad,-the-first-Christian-chapel-opens-in-an-Islamic-university-43662.html> (abgerufen am 21. Mai 2018).

[24] Syed Ali Shah, „9 killed in suicide attack on Quetta's Bethel Memorial Methodist Church“, The Dawn, 17. Dezember 2017, <https://www.dawn.com/news/1377184> (abgerufen am 21. Mai 2018).

[25] Heather Nauert, „Designations Under the International Religious Freedom Act of 1998 – Press Release“, 4. Januar 2018, Bureau of Public Affairs Office of Press Releases, U.S. Department of State, <https://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2018/01/276843.htm> (abgerufen am 16. Juni 2018).

[26] Irfan Haider, „5,000 Hindus migrating to India every year, NA told“ The Dawn, 13. Mai 2014, <https://www.dawn.com/news/1105830> (abgerufen am 21. Mai 2018).

[27] Ayyaz Gulzar, „Pakistan archbishop’s interfaith focus leads to red hat“, UCANews, 21. Mai 2018, <https://www.ucanews.com/news/pakistan-archbishops-interfaith-focus-leads-to-red-hat/82206> (abgerufen am 21. Mai 2018).